

Vertreter der Altkatholiken zur Teilnahme an der pan-orthodoxen Konferenz auf Rhodos eingeladen hat.

Verstärkte Beachtung der orthodoxen Grenzgebiete

Das Jahr 1959 hat eine verstärkte Aktivität verschiedener orthodoxer Kirchen zur Vereinigung mit den monophysitischen östlichen Nationalkirchen gezeigt. Mit Nachdruck verfolgt jetzt auch das Patriarchat Moskau diese Linie. Die für Juli geplante orthodoxe Vorkonferenz auf Rhodos wird ein besonderes Gesicht erhalten, falls die Oberhäupter der koptischen Kirchen von Ägypten und Äthiopien und der Armenischen Kirche die an sie ergangenen Einladungen des Patriarchen von Konstantinopel annehmen. Auf missionarischem Gebiet versucht man, die von uns gemeldeten Ansätze zu unterstützen und zu vertiefen. Den seit einiger Zeit von verschiedenen orthodoxen Jugendgruppen, besonders von den Russen in Paris versuchten Hilfsaktionen schloß sich Ende 1959 die Kirche von Griechenland an, indem sie in allen Gemeinden Sammlungen für die Errichtung von orthodoxen Kirchen und Institutionen in Uganda (Ostafrika) veranstaltete (OePD, 27. 11. 59).

Während somit die orthodoxen Kirchen zu Beginn des Jahres 1960 nach außen hin ein geschlosseneres Bild zu bieten scheinen und die Chancen für gesamtorthodoxe Aktionen selten günstig stehen, ist aber ihr inneres Gefüge und ihre geistige Gesamtsituation von Gefahren und Problemen bedroht, deren schwerwiegendstes dasjenige der inneren Integrität der Russischen Kirche ist, die sich auch im vergangenen Jahr einer ständig zunehmenden Flut antireligiöser und antikirchlicher Propaganda in Staat und Gesellschaft gegenüber sah. Hierauf werden wir später zurückkommen.

Aus der jüdischen Welt

Die Wahlen in Israel

Der Ausgang der Wahlen zur 4. Knesseth (Parlament), die Anfang November 1959 in Israel abgehalten wurden, brachten einen erheblichen Stimmenzuwachs für die bisherige Regierungspartei MAPAI (Israelische Arbeiterpartei, etwa der englischen Labour Party vergleichbar). Der Anteil der MAPAI an den Wählerstimmen erhöhte sich von 32,2 auf 38,5 Prozent. In Israel wird dieser Stimmenzuwachs als eindeutiger Wahlsieg der Partei des Ministerpräsidenten Ben Gurion angesehen.

Die Wahlen wurden von der israelischen Öffentlichkeit vor allem als ein Machtkampf zwischen der rechtsradikalen Cheruth-Partei (die gelegentlich und nicht ganz zu Unrecht als faschistisch bezeichnet wird) und der MAPAI betrachtet. Die Cheruth hatte bei den Wahlen zur 3. Knesseth 12,6 Prozent der Stimmen erhalten und war somit die zweitstärkste Partei im Lande. Die rechtsstehende bürgerliche Partei der „Allgemeinen Zionisten“, die der Cheruth sehr nahestand, hatte bei den Wahlen zur 3. Knesseth 10,2 Prozent erreicht, so daß die Aussichten der Cheruth keineswegs ungünstig schienen. Die Cheruth hat, wie es scheint, den fatalen Fehler begangen, daß sie den Wahlkampf mit der Losung „Weg mit der MAPAI, die Cheruth an die Regierung“ führte. Das mag viele Wähler nachdenklich gemacht haben, die unter Umständen die Cheruth gewählt hätten. Die anderen Punkte des Wahl-

programmes der Cheruth: Vorwürfe gegen die Außenpolitik der Regierung (verbunden mit der Forderung nach „einem Marsch an den Jordan“), stärkere Unterstützung des Mittelstandes und Forderung nach wirtschaftlichen Reformen in Form einer Liberalisierung, traten dagegen zurück, nicht zuletzt deshalb, weil mit Ausnahme der äußeren Linken und von den militärpolitischen Forderungen abgesehen alle anderen Parteien mit ähnlichen Programmen in den Wahlkampf gingen. So wurde es denn als eine schwere Niederlage gewertet, daß die Cheruth nur 13,4 Prozent der Wählerstimmen erhielt. Die Cheruth hat damit vermutlich ihre größte Ausbreitungsmöglichkeit erreicht. Da sie mit der Regierungspartei keine Koalition eingehen kann, ohne den Rest ihrer Anziehungskraft einzubüßen, und sie ebenso wie die Kommunisten nicht als koalitionsfähig gilt, wird sie in Zukunft bedeutungslos sein. Die der Cheruth nahestehenden „Allgemeinen Zionisten“ erhielten nur noch 6,3 Prozent, was auf die Unsicherheit der Parteilinie zurückgeführt wird. Offensichtlich wurde der größte Teil der Stimmen an die MAPAI verloren.

Einer der wichtigsten Punkte im Wahlprogramm der MAPAI war die Forderung nach einer Wahlreform (Persönlichkeitswahl nach englischem Muster), die eine klare Regierungsmehrheit und, wie Ministerpräsident Ben Gurion meinte, auch eine eindeutige Opposition ermöglichen würde. Gegenüber den religiösen Parteien wurde die Forderung nach „Religionsfreiheit“ hervorgehoben und das sog. Religionsmonopol der Orthodoxie in Israel (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 35) heftig angegriffen. So hieß es z. B. in einer Wahlanzeige der MAPAI (Jerusalem Post, 2. 10. 59): Die Nationalreligiöse Partei macht die Religion zu einem Gegenstand der Politik und nicht des Gewissens. „Die MAPAI würde sich freuen, wenn die jüdische Religion im ganzen Staate Israel, dem Lande der Propheten, blühen und gedeihen würde. Deshalb glaubt die MAPAI an religiöse Freiheit. Sollen doch jene, die glauben, die Ungläubigen bekehren und nicht mit Steinen nach ihnen werfen.“ Die MAPAI umging so in ihrer Wahlpropaganda die eigentlichen Probleme, indem sie die Einflußnahme der religiösen Parteien bzw. des Rabbinats auf die Gesetzgebung als bloße Unduldsamkeit hinstellte. Dabei wurde geflissentlich übersehen, daß es im orthodoxen Judentum nicht nur persönliche Gewissensentscheidungen gibt, sondern auch den Grundsatz der kollektiven Verantwortung des Volkes vor Gott.

Der Wahlsieg der MAPAI wurde zweifellos durch den Wunsch breiter Bevölkerungskreise nach einer politischen Stabilisierung herbeigeführt. An den Wahlen nahmen ca. 70 000 Erstwähler und etwa die gleiche Zahl neuer Einwanderer teil. Man befürchtete, daß von diesen 140 000 Wählern viele die Cheruthpartei wählen würden. In den letzten Monaten vor den Wahlen war es wiederholt zu Unruhen unter den nordafrikanischen Neueinwanderern gekommen, die nur sehr schwer und zum Teil noch gar nicht in das wirtschaftliche Leben eingegliedert werden konnten und die besonders unter Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Zudem wird das öffentliche Leben faktisch von den europäischen Juden beherrscht, so daß sich die orientalischen Juden benachteiligt fühlen. Diese Situation wurde vor allem von der Cheruth und von den Kommunisten in ihrer Wahlpropaganda ausgenutzt. Die übrigen Parteien bewarben sich um die Stimmen der orientalischen Juden, indem sie orientalische Kandidaten an sicherer Stelle auf ihre Wahllisten setzten.

Die Kommunisten verloren fast die Hälfte ihrer Stimmen (2,8%, vorher 4,5). Dies wird auf die außenpolitische Situation zurückgeführt. Man nimmt an, daß diese Stimmen den Linksparteien zugute kamen, welche wiederum Stimmen an die MAPAI verloren haben. Die linksextremistische Achdutha Haawodah verlor ein Viertel ihrer Wähler (5,9 Prozent; vorher 8,2). Die linksradikale MAPAM hat mit 7,1 Prozent ihren Wählerstamm, der sich vorwiegend aus Mitgliedern der landwirtschaftlichen Kooperativen und Facharbeitern zusammensetzt, halten können.

Zwölf Parteilisten erhielten weniger als ein Prozent, werden also im neuen Parlament, in dessen Sitze sich zehn Parteien teilen, nicht vertreten sein. Die „neuen“ Parteien, die sich speziell an die orientalischen Juden wandten, wie etwa die „Nordafrikanische Union“ oder die „Yemenitische Fraktion“, hatten keinen Erfolg. Auch die Liste der „Invaliden und Feuergeschädigten“ fand nur 1800 Wähler.

Die religiösen Parteien konnten ihre Positionen geringfügig verbessern. Die Nationalreligiöse Partei, in der die bürgerlich-orthodoxe Mizrachi-Partei und die orthodoxe Mizrachi-Arbeiterpartei vereinigt sind, erreichte einen Stimmenanteil von 9,9 Prozent (vorher 9,1), die ultra-orthodoxe Agudath-Jisrael und die ihr angeschlossene Arbeiterpartei erhielten 4,7 Prozent (vorher 4,4). Die Auseinandersetzung zwischen Liberalen und Orthodoxen, die in den letzten Jahren zuweilen heftige Formen angenommen hatte (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 34; 13. Jhg., S. 341), blieb also ohne Einfluß auf die Wählerschaft dieser Parteien. Der Stimmenzuwachs könnte auf die Stimmen von Neueinwanderern zurückgeführt werden, was jedoch keineswegs als sicher angesehen werden kann, weil ein großer Teil der Neueinwanderer aus Polen und Rumänien agnostisch ist und weil die nordafrikanischen Juden nicht ohne weiteres eine so betont aschkenasische (Mittel- und Osteuropa-)Partei wählen. Mit einiger Sicherheit kann jedoch angenommen werden, daß die religiösen Parteien ihren Stimmenanteil unter den Erstwählern halten konnten, was um so beachtlicher ist, als diese in einem für die jüdische Orthodoxie denkbar ungünstigen politischen und geistigen Klima aufgewachsen sind.

Die neue Regierung

Obgleich die MAPAI gestärkt aus den Wahlen hervorging, gestalteten sich die Koalitionsverhandlungen äußerst schwierig, so daß die neue Regierung erst im Dezember gebildet werden konnte. Die Koalition zwischen den Linksparteien Achdutha-Haawodah und MAPAM war vor den Wahlen zusammengebrochen, weil die Linksparteien Ben Gurions Bedingungen (kollektive Verantwortung der Koalitionsparteien für alle Entscheidungen des Kabinetts)

nicht mehr anerkannten. Zur Regierungskrise kam es, als die Linksparteien die Waffenlieferungen an die Bundesrepublik Deutschland in der Öffentlichkeit und im Parlament verurteilten, obgleich sie schon vorher davon Kenntnis hatten. Ben Gurion ist jedoch auf die Unterstützung dieser Parteien angewiesen, da die Regierung für die nächste Zukunft wirtschaftliche Reformen plant (evtl. Abwertung des israelischen Pfundes), deren Durchführung ohne die Mitarbeit der Gewerkschaften, in der die Linksparteien entscheidende Positionen halten, nicht möglich ist.

Die „Progressive Partei“ (bürgerlich-liberal) machte die Einführung eines staatlichen Gesundheitsdienstes zur Bedingung für ihre Teilnahme an der Regierung. (Die Krankenkassen sind Gewerkschaftsinstitutionen [vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 384].) Die Mehrheit der MAPAI würde einer solchen Lockerung des Gewerkschaftsmonopols nicht zustimmen, obgleich Ben Gurion selber und einige einflußreiche Gruppen in der Partei seit langem dafür eintreten. Immerhin wurde eine Kompromißlösung gefunden, nach der eine Regierungskommission zur Prüfung des Problems eingesetzt werden soll.

Die National-Religiöse Partei, die nach den Auseinandersetzungen über die Begriffsbestimmung „Jude“ (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 341) aus der Regierung ausgeschieden war, machte die Beibehaltung der gesetzlichen Regelung der Sabbathruhe zur Bedingung und auch die Wahrung religiöser Belange an den Mittelschulen. Letzteres ist von besonderer Bedeutung, da in Israel die allgemeine Schulpflicht erweitert werden soll. Der National-Religiösen Partei wurde darüber hinaus die Errichtung besonderer Schulen bzw. besonderer Klassen für die Kinder orthodoxer Eltern innerhalb des staatlichen Schulsystems zugesagt.

Die Verteilung der Kabinettposten weist keine wesentlichen Veränderungen gegenüber den früheren Koalitionskabinetten auf. Der sog. Nachwuchs der MAPAI ist durch den bisherigen Generalsekretär der Partei, Giora Josephthal (Arbeit), den bisherigen Vertreter Israels bei den UN, Aba Eban (ohne Portefeuille), und den aus der Armee ausgeschiedenen General Mosche Dajan (Landwirtschaft) vertreten. Diese zeichnen sich vor allem durch ihren politischen Pragmatismus aus, den sie in mancher Hinsicht mit Ben Gurion gemeinsam haben. Ihre Aufnahme ins Kabinett ist als ein ziemlich sicheres Zeichen für den zurückgehenden Einfluß der sozialistischen „Dogmatiker“ in der Partei anzusehen. Der sephardische Rabbiner Jacob Toledano, der nach der Regierungskrise über die Definition der Bezeichnung „Jude“ das Religionsministerium übernommen hatte, bleibt Religionsminister. Inwieweit dies als eine Absage an die National-Religiöse Partei zu werten ist, ist schwer zu sagen. Eine wesentlich veränderte Regierungspolitik ist nicht zu erwarten.